

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 13 · 25. September 2006 · www.cducusu.eu



Europäische Fraktions- vorsitzende zu Beratungen in Brüssel

Die christdemokratischen und konservativen Fraktionsvorsitzenden der EVP-Familie aus den nationalen Parlamenten sind auf Einladung des Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, zu Beratungen im Europäischen Parlament in Brüssel zusammengesessen. Dabei standen neben Überlegungen zu institutionellen Reformen hinsichtlich Bürokratieabbau und Subsidiarität die europäische Energiepolitik und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Mittelpunkt.

Inhalt

- H. Nassauer/M.Ferber:
EU – Türkei
Seite 2
- Christian Ehler:
Binnenmarkt
Seite 3
- Herbert Reul:
Energiepolitik
Seite 5
- Gabriele Stauner:
Sozialpolitik
Seite 6

HARTMUT NASSAUER UND MARKUS FERBER:

Muslime müssen sich klar von Gewaltaufrufen gegen Christen distanzieren

Angesichts der weiter eskalierenden Gewalt in der islamischen Welt gegen christliche Einrichtungen im Besonderen und immer neuer Gewaltaufrufe gegen das Christentum im Allgemeinen haben die Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer und Markus Ferber, eine klare Distanzierung der hier lebenden Muslime von diesen Auswüchsen gefordert. „Loyalität und Solidarität sind keine Einbahnstraße. Es kann nicht sein, dass die hier lebenden Muslime zu Recht Respekt und Toleranz für sich einfordern, diese aber für andere Religionen wie das Christentum nicht gelten sollen“, erklärten Nassauer und Ferber in Brüssel.

Als besonders enttäuschend bezeichneten die Vorsitzenden der größten nationalen Delegation im Europäischen Parlament in diesem Zusammenhang das bisherige Verhalten der Türkei. „Premierminister Erdogan hat das Beitrittsgesuch der Türkei immer mit der angeblichen Brückenfunktion seines Landes zwischen dem Orient und dem Okzident begründet. Davon ist aber in dem immer weiter eskalierenden Konflikt um das Papsttät zum Islam nicht sehr viel zu spüren und zu sehen. Im Gegenteil, es war der Vorsitzende der türkischen Religionsbehör-

de, der als erster eine Entschuldigung für jegliche Kritik an der vermeintlichen Gewaltbereitschaft des Islam gefordert hatte. Gerade deshalb wäre die Türkei jetzt erst recht aufgefordert, hier vermittelnd anstatt eskalierend tätig zu werden“, kritisierten Nassauer und Ferber.

Die Muslime in Europa, in der Türkei und in der übrigen Welt müssten sich zudem darüber im Klaren sein, dass die Unterscheidung zwischen radikalen und gemäßigten Vertretern für Nichtmuslime immer mehr verschwimme. „Die jüngsten Aufrufe zum Heiligen Krieg gegen das Christentum, zur Zwangsbekehrung und zur Tötung von so genannten Ungläubigen bestätigen den negativen Eindruck, den die wachsende Gewaltbereitschaft radikalislamistischer Kreise hinterlässt. Daran ändern auch Denkverbote und das ständige Verweisen auf angeblich verletzte Gefühle nichts. Meinungsfreiheit, Gedankenfreiheit und Religionsfreiheit sind nun einmal die Wesenszüge unserer westlichen Werteordnung. Die hier lebenden Muslime täten deshalb gut daran, sich von radikalen islamistischen Strömungen klar abzusetzen“, betonten Nassauer und Ferber abschließend.

CHRISTIAN EHLER:

Wachstumspotentiale für Selbstständige freisetzen

FREIE BERUFE MÜSSEN IN REFORMPROZESS MIT EINBEZOGEN WERDEN

Einstimmig hat der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments den Bericht des CDU-Europaabgeordneten Christian Ehler über die freiberuflichen Dienstleistungen in der Europäischen Union angenommen. Der EVP-Wirtschaftspolitiker zeigte sich zufrieden mit dem Ausgang der Abstimmung, nicht zuletzt im Hinblick auf den so genannten Lissabon-Prozess für mehr Wachstum und Beschäftigung: „Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung der freien Berufe in Europa müssen diese in den Reformprozess mit einbezogen werden. Dieser Wirtschaftszweig trägt allein in Deutschland mehr als 9 Prozent zum EU-Bruttoinlandsprodukt bei und bietet über 2,5 Millionen Arbeitsplätze“, sagte der EVP-Wirtschaftspolitiker heute in Brüssel.

Der Berichterstatter erläuterte weiter, dass sich die vorliegenden Mitteilungen der EU-Kommission zur Lage der freien Berufe und den weiteren Reformbemühungen auf diesem Gebiet vor allem auf Rechtsanwälte, Notare, Ingenieure, Architekten, Apotheker und



Christian Ehler MDEP

Wirtschaftsprüfer konzentriert. Die Kommission hatte sich dabei insbesondere mit noch bestehenden Wettbewerbsbeschränkungen bei den verbindlichen Festpreisen, Preisempfehlungen, Regeln für die Werbung, Zugangsvoraussetzungen sowie den Vorschriften für die zulässige Unternehmensform befasst. „2004

hat die Kommission dazu einen strukturierten Dialog mit den europäischen Berufsorganisationen aufgenommen, um bestehende Hindernisse abzubauen. Dieser sollte aus meiner Sicht verstärkt auf nationaler Ebene fortgesetzt werden“, so Ehler.

Klar sei aber auch, dass gerade im Bereich der freien Dienstleistungen nach wie vor ein besonderer Regelungsschutz für die Verbraucher bestehen müsse. „Zugleich fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, eine analytische Prüfung der bestehenden Beschränkungen vorzunehmen, wobei sie speziell beim Wettbewerbsrecht und bei den Unternehmenskooperationen noch Möglichkeiten zur Aufgabe von Beschränkungen sieht“, betonte Ehler. Ziel des Parlaments

sollte es hier sein, einen positiven Beitrag der freien Berufe zum Lissabonner Reformprozess anzuregen. „Das Europäische Parlament erkennt dabei das Selbstverwaltungsrecht der freien Berufe, den gewachsenen Verbraucherschutz in der EU aber auch die nationale Zuständigkeit für den Abbau von Reglementierungen entsprechend

dem Subsidiaritätsprinzip an. Angesichts des völlig veralteten Zahlenmaterials wäre zudem eine zügige Aktualisierung der vorhandenen Datenbasis mehr als wünschenswert, denn wir brauchen bessere Analysen, damit die Reformen nicht ins Leere laufen“, wie der Berichterstatter abschließend betonte.

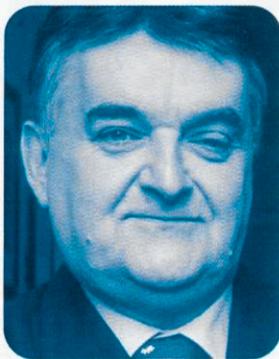
HERBERT REUL:

Versorgungssicherheit prioritäres Ziel der Energiepolitik

EU-RECHTSRAHMEN MUSS VERLÄSSLICH SEIN

Die Energieversorgungssicherheit ist eine Schlüsselfrage für die europäische Wirtschaft. Das ist das Fazit einer Anhörung der EVP-ED-Fraktion zum Grünbuch der Kommission zur Energiepolitik. „Die Ereignisse des letzten Winters haben gezeigt, dass es nicht in erster Linie darum gehen kann, den Energieverbrauch nachhaltig zu gestalten, sondern die Verfügbarkeit von Energie sicherzustellen“, sagte Herbert Reul, der das Dossier für die EVP-ED-Fraktion betreut.

Der CDU-Europaabgeordnete, der Mitglied im federführenden Ausschuss für Industrie und Energie ist, fasste die Kernpunkte der Anhörung mit fast 200



Herbert Reul MdEP

Abgeordneten, Experten und Interessenvertretern so zusammen: „Europa kann es sich nicht leisten, eine Energiequelle zu vernachlässigen. Neben konventionellen Energieträgern und erneuerbaren Energiequellen leistet die Kernenergie einen unverzichtbaren Beitrag zu mehr Versorgungssicherheit. Die Mitglied-

staaten müssen selbst über ihren Energiemix entscheiden.

Erneuerbare Energien spielen eine wichtige Rolle. Sie sollten allerdings nur dort gefördert werden, wo sie am effizientesten genutzt werden können. Wie die Kernenergie senken sie den CO₂-Ausstoß und tragen zu einer größeren Unabhängigkeit bei. Der EU-

Rechtsrahmen muss verlässlich sein. Eine Überarbeitung steht erst an, wenn die bestehenden Regeln vollständig umgesetzt wurden und das Regelwerk ausreichend wirken konnte. Dann ist Bilanz zu ziehen, welche Bestimmungen sich bewährt haben.

Von der Schaffung eines Energiebinnenmarktes profitieren alle

Wichtigster Baustein für mehr Versorgungssicherheit ist die Schaffung eines Energiebinnenmarktes. Ohne Grenzen profitieren alle Europäer von mehr Stabilität und mehr Wettbewerb. Die Energiewirtschaft muss ihre Chancen nutzen und neue Märkte erschließen. Vor der Schaffung einer Europäischen Regulierungsbehörde muss ihr tatsächlicher Mehrwert klar sein. Ei-

ne verstärkte Zusammenarbeit und Koordinierung unter den nationalen Regulierungsbehörden erscheint realistischer.

Bilaterale Beziehungen zu Exportländern müssen nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit gestaltet werden. Bei der Öffnung des europäischen Binnenmarktes gegenüber quasi-monopolistischen, nicht-entbündelten Unternehmen muss sehr vorsichtig verfahren werden. Besonderes Augenmerk ist den Beziehungen mit den zentralasiatischen Staaten zu schenken.“

Das Programm der Anhörung sowie eine Reihe von Vorträgen finden Sie auf der Homepage der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament unter www.epp-ed.eu

Bernd Posselt: Abstimmung in Straßburg verheerendes Zeugnis für die Türkei

Schwere Rückschläge beim Reformprozess in der Türkei

Als „verheerendes Zeugnis für die Entwicklung in der Türkei“ bezeichnete der außenpolitische Sprecher der CSU im Europäischen Parlament, Bernd Posselt, einen Bericht über dieses kleinasiatische Land, den der Außenpolitische Ausschuss der Straßburger Volksvertretung verabschiedete. Wenn man die darin enthaltenen Fakten zusammenzähle, müsse man zur Erkenntnis gelangen, dass der Reformprozess in der Türkei nicht nur stocke, sondern einen schweren Rückschlag erlitten habe - vor allem auf den entscheidenden Gebieten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechte sowie Religionsfreiheit.

Posselt begrüßte, dass in dem mit großer Mehrheit verabschiedeten Text die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern durch Ankara zur Vorbedingung für alle türkischen EU-Ambitionen gemacht werde. Positiv wertete er auch die Tatsache, dass von ergebnisoffenen Verhandlungen gesprochen werde. Kritik übte Posselt daran, dass die EU-Institutionen immer noch nicht den Mut aufbrächten, eindeutig zu erklären, dass die Türkei für eine Vollmitgliedschaft nicht geeignet sei, sondern dass es nach wie vor heiße, diese sei das Ziel der Gespräche. Von dieser Illusion gelte es Abschied zu nehmen und eine privilegierte Partnerschaft durchzusetzen, die für beide Seiten die bessere Lösung sei.

GABRIELE STAUNER:

Sozialpolitik zum Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft machen

WERTE WIE SOZIALE GERECHTIGKEIT, SOLIDARITÄT UND SUBSIDIARITÄT SOLLEN AUCH AUF EUROPÄISCHER EBENE VERANKERT WERDEN

Eine Initialzündung für die Wiederbelebung der so genannten sozialen Dimension des Binnenmarktes der EU verspricht sich die sozialpolitische Sprecherin der CSU-Europagruppe und CSA-Bezirksvorsitzende Gabriele Stauner. Anlass dafür ist der vom Europäischen Parlament verabschiedete Bericht über ein „Europäisches Sozialmodell für die Zukunft“.



Gabriele Stauner MdEP

„Ich würde mir wünschen, dass die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 den Ball aufgreift und die Sozialpolitik zu einem Schwerpunkt ihres Programms macht“, so Gabriele Stauner. Die EVP-Sozialpolitikerin erinnerte an die großen Verdienste, die sich die deutsche Ratspräsidentschaft bei der Mitformulierung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 gemacht hatte. Gerade im Sozialbereich ist Europa mit den unterschiedlichsten Traditionen konfrontiert, gleichwohl sind es Werte wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität, die allen EU-Mitgliedstaaten gemeinsam sind und die die besondere Attraktivität Europas ausmachen. Auch wenn man

nicht allen Vorschlägen des Berichts folgen kann, wie zum Beispiel der Einrichtung eines Globalisierungsfonds oder der offenen Methode der Koordinierung, die von der CDU/CSU-Gruppe abgelehnt werden, ist es unstrittig, dass der Bericht die genannten Werte zu Recht in Europa verankern will, wie die CSU-

Europaabgeordnete betonte.

Die Probleme von 20 Millionen Arbeitslosen in der EU, darunter ein erschreckend hoher Anteil von jungen Menschen, die Folgen von Globalisierung und demographischer Entwicklung lassen sich zudem nicht durch freien Wettbewerb allein bewältigen. Dass die Menschen von Europa auch einen Arbeitsplatz, Sicherheit und sozialen Schutz erwarten, haben nicht zuletzt die Volksabstimmungen zum EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden gezeigt. „Deshalb müssen Werte wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität, die wir in der aktuellen Diskussion zu den Grundsatprogrammen der politischen Parteien zu Recht festschreiben wollen, auch auf europäischer Ebene verankert werden“ betonte Gabriele Stauner abschließend.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **Debatte über Lage im Nahen Osten**

Das Europäische Parlament hat sich in seiner ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause mit dem Nahostkonflikt befasst. Im Rahmen einer Debatte mit Kommission und Rat hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), dabei die Notwendigkeit einer politischen Lösung des Konfliktes betont. Eine militärische Präsenz könne zwar dazu beitragen, die Voraussetzung für den Frieden zu schaffen, sei aber allein nicht ausreichend. Positiv wertete Pöttering, dass auf dem Weg zu einer europäischen Außenpolitik heute das Engagement der Europäer auch im militärischen Bereich nicht mehr in Frage gestellt werde. Ziel müsse es sein, dass die Souveränität des Libanon garantiert werde. Jede Art auch der indirekten Einflussnahme Syriens oder des Irans sei inakzeptabel. Es sei eine politische Tatsache, dass die Hizbollah auf Grund von Wahlen in Parlament und Regierung des Libanons vertreten sei. Nicht akzeptabel sei aber, dass eine politische Partei eine eigene Miliz unterhalte, um ihre Interessen durchzusetzen. Dies sei unvereinbar mit dem Prinzip des Primats der Politik. Pöttering betonte, dass Israel wie Palästina ein Recht darauf haben, in gesicherten Grenzen zu leben. Erstmals würden jetzt auch die Europäer eine mitgestaltende Rolle in der Region übernehmen. Aus Sicht der EVP-ED-Fraktion

sei dabei grundlegend, dass die Achtung der Würde des Menschen Leitlinie des politischen Handelns sein müsse.

■ **EVP-ED Fraktionspräsidium in Helsinki**

Zu Beginn der finnischen Ratspräsidentschaft ist das Präsidium der EVP-ED-Fraktion zu politischen Gesprächen nach Finnland gereist, und traf dort mit dem finnischen Premierminister **Matti Vanhanen**, Europaministerin **Paula Lehtomäki** und Außenminister **Erkki Tuomioja** zusammen. Zudem fanden Gespräche mit dem Vorsitzenden der finnischen EVP-ED-Mitgliedspartei Kokoomus, **Jyrki Katainen**, statt.

Der EVP-ED-Fraktionsvorsitzende **Hans-Gert Pöttering** (CDU) sagte nach den Treffen, eine erfolgreiche finnische Ratspräsidentschaft sei im Interesse Europas und habe die Unterstützung der EVP-ED-Fraktion. Dabei verwies Pöttering vor allem auf die anstehenden Verhandlungen um die EU-Dienstleistungsrichtlinie sowie die neue Chemikaliengesetzgebung REACH: „Wir werden mit der finnischen Ratspräsidentschaft zusammenarbeiten, um substantielle Fortschritte bei allen wichtigen Themen sicherzustellen“. Zudem sei zu hoffen, dass der Rat bald eine gemeinsame Position bei der Arbeitszeitrichtlinie und der Richtlinie zum Telefonroaming finde, so Pöttering. Finnland hat noch bis Dezember die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union inne.

■ Eurlings: Türkei muss Verpflichtungen einhalten

Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für den jüngsten Türkei-Bericht, **Camiel Eurlings** (Niederlande), hat die Türkei dazu aufgefordert, ihre Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens über eine Zollunion mit der Europäischen Union einzuhalten. Dazu gehöre, dass der Boykott von Schiffen und Flugzeugen aus Zypern beendet werde, betonte Eurlings anlässlich der Abstimmung seines Berichts im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments. Fehlende Fortschritte werden sich negativ auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen mit der Türkei um einen möglichen EU-Beitritt des Landes auswirken, so Eurlings. Die Kritik von Eurlings an der Politik der türkischen Regierung wurde vom Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments geteilt. 54 Mitglieder stimmten bei der Abstimmung in Straßburg für den Bericht, lediglich 6 Ausschussmitglieder dagegen.

■ Warnung vor Scheitern der Doha-Runde für den Welthandel

Vor einem endgültigen Scheitern der Welthandelsgespräche im Rahmen der so genannten Doha-Entwicklungsrunde hat das Europäische Parlament Anfang September in einer EntschlieÙung gewarnt. „Die Kosten eines Scheiterns

sind sehr hoch“, sagte der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, der EVP-ED-Abgeordnete **Georgios Papastamkos** (Griechenland). In der EntschlieÙung wird die Unterbrechung der Doha-Gespräche im Juli 2006 bedauert. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit von multilateralen Gesprächen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO bekräftigt. Bilaterale und regionale Abkommen seien weniger transparent, und würden vor allem die Entwicklungsländer benachteiligen.

■ Sacharow-Preis: EVP-ED-Fraktion unterstützt Milinkewitsch

Die EVP-ED-Fraktion hat den weißrussischen Oppositionsführer **Alexander Milinkewitsch** für den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments vorgeschlagen. Der Preis für das Jahr 2006 wird im Dezember verliehen. Erst im April 2006 besuchte Milinkewitsch auf Einladung der EVP-ED-Fraktion das Europäische Parlament in Straßburg, und hielt vor der Fraktion eine Rede zur Situation der Menschenrechte in Weißrussland. Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird seit 1988 vom Europäischen Parlament an Persönlichkeiten oder Organisationen verliehen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten